

Stadt Ulm
Zentrale Steuerung / Finanzen

ulm

Vorbericht zum
Haushaltsplanentwurf 2012
GD 903/11

Vorbericht

1. ALLGEMEINES

1.1. Lage der kommunalen Haushalte

Die kommunalen Einnahmen sind in 2010 um circa 4,5 Mrd. € bzw. 2,6 % auf 174,5 Mrd. € angestiegen. Im Gegenzug ist allerdings auch ein Wachstum der kommunalen Ausgaben um 5 Mrd. € auf 182,2 Mrd. € zu verzeichnen. Der kommunale Finanzierungssaldo ist damit gegenüber 2009 nochmals um rd. 0,5 Mrd. € auf - 7,7 Mrd. € angewachsen. Damit ist die Situation zwar etwas „weniger schlecht“ als ursprünglich prognostiziert – insgesamt befanden sich die kommunalen Haushalte aber nach wie vor in einer erheblichen finanziellen Schieflage.

Auch im Jahr 2011 setzt sich die Entwicklung steigender Einnahmen auf 180,9 Mrd. € (Anstieg um 3,7 % bzw. 5,4 Mrd. €) und steigender Ausgaben auf 185,9 Mrd. € (Anstieg um 2,0 % bzw. 3,7 Mrd. €) fort.

Trotz positiver Signale und einer guten wirtschaftlichen Gesamtentwicklung kann bezüglich der kommunalen Finanzlage in 2011 damit keinesfalls Entwarnung gegeben werden. Das Finanzierungsdefizit wird zwar geringer ausfallen als 2010; ein Defizit von - 5 Mrd. € ist aber nach wie vor inakzeptabel. Der Druck auf die kommunalen Haushalte bleibt damit bestehen.

Ursächlich für die steigenden Einnahmen sind insbesondere höhere Steuereinnahmen und höhere laufende Zuweisungen von Bund und Land. Im Bereich der Gewerbesteuer werden Einnahmesteigerungen von 8,2 % vorausgesagt. Ebenfalls erfreulich ist der Anstieg an laufenden Zuweisungen der Länder, der mit einem Plus von 8,3 % für den unterbliebenen Zuwachs im vergangenen Jahr entschädigt.

Die Steigerung auf der Ausgabenseite findet insbesondere im Bereich der Sozialausgaben statt. Obwohl sich der Arbeitsmarkt während der Konjunkturkrise als ausgesprochen stabil erwiesen hat, zeigt sich gerade im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, dass nach wie vor mit weiter steigenden Sozialausgaben zu rechnen ist. Bei den Personalausgaben wird in 2011 mit einer Steigerungsrate von 2,6 % gerechnet. Die Ausgaben für Investitionen bleiben in etwa auf dem Niveau von 2010. Das relativ hohe Investitionsniveau wird auch mit Mitteln aus dem Ende 2011 auslaufenden Konjunkturpaketes finanziert. Es ist deshalb davon auszugehen, dass in 2012 die Investitionsausgaben zurückgehen werden.

| Jahr | Einnahmen | | Ausgaben | | Defizit/ Überschuss Mrd. € |
|------|-----------|--------|----------|----------|----------------------------------|
| | Mrd. € | Mrd. € | Mrd. € | +/- in % | |
| 2001 | 144,2 | - 1,9 | 147,2 | + 1,4 | - 2,9 |
| 2002 | 144,5 | + 0,2 | 149,2 | + 1,4 | - 4,7 |
| 2003 | 141,4 | - 2,2 | 149,8 | + 0,5 | - 8,4 |
| 2004 | 145,3 | + 2,7 | 149,2 | - 0,4 | - 3,9 |
| 2005 | 151,1 | + 3,8 | 153,4 | + 2,7 | - 2,3 |
| 2006 | 158,6 | + 4,9 | 155,7 | + 1,5 | + 2,9 |
| 2007 | 169,3 | + 6,7 | 160,7 | + 3,2 | + 8,6 |
| 2008 | 174,9 | + 3,3 | 167,3 | + 4,1 | + 7,6 |
| 2009 | 170,0 | - 2,8 | 177,2 | + 5,9 | - 7,2 |
| 2010 | 174,5 | + 2,6 | 182,2 | + 2,8 | - 7,7 |
| 2011 | 180,9 | +3,7 | 185,9 | +2,0 | -5,0 |

(Übersicht Kommunal финанzen 2001 – 2011)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mit der volkswirtschaftlichen Stabilisierung in 2010 und 2011 keine nachhaltige Stabilisierung der kommunalen Haushalte einher ging. Die stabile Defizithöhe von der mittlerweile gesprochen werden kann, stellt alles andere als eine stabile Finanzsituation der Kommunen dar.

Problematisch an dieser Situation ist, dass sich die Lage der Kommunen in 2011 trotz steigender Steuereinnahmen nur wenig verbessert hat. Dies macht deutlich, dass für die aktuelle Situation der kommunalen Haushalte insbesondere die in den vergangenen Jahren vorgenommene Entlastung der Bundes- und Landeshaushalte zu Lasten der Kommunen (z.B. Kleinkindbetreuung) zu einem strukturellen Ausgabeproblem in den Kommunalhaushalten geführt hat.

Leider hat auch die vom Bund eingesetzte Gemeindefinanzkommission wenig zur Entspannung der Lage beigetragen. Zwar konnte die zeitweise ernsthaft befürchtete Abschaffung der Gewerbesteuer verhindert werden. Strukturelle Verbesserungen des Gemeindefinanzsystems wurden aber mit Ausnahme der Übernahme der Kosten der Grundsicherung nicht erreicht.

(Quelle: Der Städtetag – Gemeindefinanzbericht 2011)

1.2. Wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaft in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg durchlief im Jahr 2009 eine Rezessionsphase, die in ihrem Ausmaß in der Geschichte der Republik ohne Beispiel ist. So sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Bund in 2009 um 4,7 %, in Baden-Württemberg sogar um 7,1 %.

Um so mehr überraschte die schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2010. Die Zunahme des BIP im Bund von + 3,6 % und +5,5 % in Baden-Württemberg ist bemerkenswert. Auch in 2011 hält dieser positive Trend weiter an. Es ist mit einer Zunahme BIP um 4 % in Baden-Württemberg zu rechnen. Die Wirtschaftsleistung hat damit wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Mittlerweile zeichnet sich allerdings ab, dass der Scheitelpunkt des Booms überschritten ist.

Das Auslandsgeschäft ist die wesentliche treibende Kraft der schnellen wirtschaftlichen Erholung im Land. Insbesondere Investitionsgüter aus Baden-Württemberg sind derzeit weltweit stark gefragt. Auch die Inlandsnachfrage hat sich erfreulich entwickelt, was insbesondere auch auf Umsatzsteigerungen im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen ist.

Die aktuelle Wirtschaftslage lässt allerdings die Verbraucherpreise ansteigen. Die Inflationsrate im September 2011 betrug 2,6 %. Dies ist in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen.

Für das kommende Jahr 2012 erwarten die Wirtschaftsinstitute nur noch eine verhaltene Expansion. Ursächlich hierfür ist ein Nachlassen der Nachfrageimpulse aus dem Ausland. Desweiteren laufen die staatlichen Konjunkturpakete aus und das vom Bund beschlossene Sparpaket zur Haushaltskonsolidierung soll umgesetzt werden. 2012 soll das reale BIP deshalb nur noch um circa 1,0 % zunehmen.

Insgesamt sind jedoch zuverlässige Prognosen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in 2012 sehr schwierig. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei, welche Auswirkungen die Eurokrise auf die weltweiten Finanz- und Wirtschaftsmärkte haben wird.

Für 2011 wurden ursprünglich im Jahresdurchschnitt rd. 3 Mio. Arbeitslose prognostiziert. Aufgrund der guten Konjunktur sind im September 2011 tatsächlich nur 2,79 Mio. Menschen arbeitslos (September 2010 3,03 Mio. Menschen). Die Arbeitslosenquote liegt bundesweit bei 6,6 %. Damit sinkt die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1991 unter 2,8 Mio. Menschen. Für 2012 werden im Jahresdurchschnitt unter 3 Mio. Arbeitslose prognostiziert.

1.3. Die wirtschaftliche Situation in Ulm

Die Konjunktur in der Region läuft in 2011 auf Hochtouren. Die Umsätze und damit die Geschäftslage haben weiter angezogen. 65 % der Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage als gut ein, 33 % sind zufrieden.

Auch die Erwartungen der regionalen Firmen sind überwiegend optimistisch. Fast die Hälfte der Unternehmen rechnet damit, dass die Konjunktur noch an Geschwindigkeit zulegt, 47 % rechnen mit einer Entwicklung auf jetzigem Niveau.

Dennoch werden in der Region auch die Risiken gesehen, denen die konjunkturelle Entwicklung ausgesetzt ist. Die hohen Energie- und Rohstoffkosten werden von der großen Mehrheit der Betriebe als Risiko Nummer eins für den Geschäftsverlauf genannt. An zweiter Stelle folgt die Sorge um den Fachkräftemangel. Weitere kritische Faktoren sehen die Unternehmen in den Arbeitsplatzkosten und den politischen Rahmenbedingungen. Eine erhebliche Unsicherheit steckt auch in der Entwicklung und Stabilität der Eurozone. Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Branchen, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Industriebranche befindet sich in einer konjunkturellen Hochphase. 75 % der Unternehmen sehen sich in einer guten Geschäftslage, 25 % sind mit ihrer Lage zufrieden.

Erfreulich ist die anhaltend starke Inlandsnachfrage. Die Exportgeschäfte laufen ebenfalls sehr gut.

Die Erwartungen bleiben optimistisch: Mehr als jedes zweite Unternehmen rechnet damit, dass die Konjunktur noch weiter an Fahrt gewinnt.

Auch die Investitionsbereitschaft zeigt das Vertrauen in einen stabilen Aufschwung. Über 80 % der Unternehmen planen im Jahr 2011 Investitionen, davon 45 % zur Kapazitätserweiterung.

Der wirtschaftliche Aufschwung kommt mittlerweile auch in der Baubranche an. Im Vergleich zum Frühjahr 2010 sehen die Unternehmen ihre Lage erheblich besser. Die Bauproduktion hat zugenommen. Für Belebung sorgt insbesondere die private Wirtschaft.

Die Einzelhändler sind sehr zufrieden mit ihrer Geschäftslage. Die private Konsumnachfrage ist stabil und sorgt für gleichbleibend gute Umsätze. Auch für den KFZ-Handel scheint sich die Situation nach dem Auslaufen der Konjunkturstütze Abwrackprämie wieder zu normalisieren. Die Erwartungen der Branche sind dementsprechend optimistisch.

Die Großhändler schwimmen auf der Erfolgswelle der Industrie mit.

Auch die Dienstleister sehen sich in einer guten wirtschaftlichen Situation. Insbesondere Personaldienstleister haben im Moment viel zu tun um dem Fachkräftebedarf ihrer Kunden nachzukommen. Im Bereich der Informations- und Kommunikationswirtschaft liegt das Niveau ebenfalls sehr hoch. Die hohe Dynamik vom Jahresanfang hat in den letzten Monaten aber etwas nach gelassen.

Die Erwerbslosigkeit in der Region ist in den vergangenen 12 Monaten nochmals stark zurückgegangen. Im Jahresvergleich sank die Zahl der Arbeitslosen im Agenturbezirk Ulm um 1.285 Menschen. Insgesamt waren im September 2011 im Bezirk Ulm 5.304 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote betrug 3,2 % (September 2010: 4,0 %). Der Arbeitsmarkt steuert vor diesem Hintergrund mit großen Schritten in Richtung Vollbeschäftigung. (Quelle: IHK Ulm – Konjunkturbericht im Frühsommer 2011)

1.4. Finanzielle Rahmendaten des Haushaltes 2012

1.4.1. Finanzpolitische Ziele

Ulm hat zum 01.01.2011 das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) eingeführt. Dieses neue Rechnungswesen folgt dem Ressourcenverbrauchskonzept. Wesentlichste Änderung zum bisherigen System ist, dass zukünftig der laufende Haushalt (Ergebnishaushalt) auch den Werteverzehr (Abschreibungen) des städtischen Vermögens erwirtschaften muss. Hierdurch wird dargestellt, ob die Kommunen tatsächlich in der Lage sind, die dauerhafte Erhaltung und Refinanzierung ihres Vermögens zu erreichen. Schafft es die Kommune, den Ergebnishaushalt auszugleichen, also die laufenden Aufwendungen inkl. der Abschreibungen und Rückstellungen durch laufende Erträge zu decken, so entspricht der Haushalt den neuen gesetzlichen Vorgaben. Bei der Haushaltsplanung 2011 hat Ulm den Ausgleich des Ergebnishaushaltes um ca. 9,6 Mio. € verfehlt (im Nachtrag 2011 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 11,2 Mio. €).

Gemäß dem jetzt vorliegenden Haushalt 2012 schafft Ulm den Haushaltsausgleich und erwirtschaftet im Ergebnishaushalt einen Überschuss von ca. 3,4 Mio. €. Dies ist sehr erfreulich, jedoch in den künftigen Jahren wegen hoher Investitionen und dem Ausbau der Kinderbetreuung nicht dauerhaft gesichert.

Langfristig bedeutet das Ressourcenverbrauchskonzept des NKHR, dass Großinvestitionen erhebliche Auswirkungen auf den Ausgleich des Ergebnishaushaltes haben. Die Abschreibungen solcher Investitionen wirken sich direkt auf den Ausgleich des Ergebnishaushaltes aus.

Das gleiche gilt für **Rückstellungen**, die für unterlassene Instandhaltungen insbesondere im Gebäude- und Straßenunterhalt zu bilden sind. Auch diese belasten den Ausgleich des Ergebnishaushaltes bereits in den Jahren in denen sie festgestellt werden.

Ziel der strategischen Haushaltssteuerung im NKHR ist deshalb:

- **mittel- und langfristig und auch unter Berücksichtigung der künftigen Belastungen aus bereits laufenden, notwendigen und geplanten Großinvestitionen den Ergebnishaushalt auszugleichen**
- **für die Sanierung und Instandhaltung des Vermögens kontinuierlich genügend Mittel bereit zu halten, damit möglichst wenig Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen zu bilden sind, die den Ausgleich des Haushaltes belasten**
- **mittel- und langfristig keine neuen Schulden aufzunehmen.**

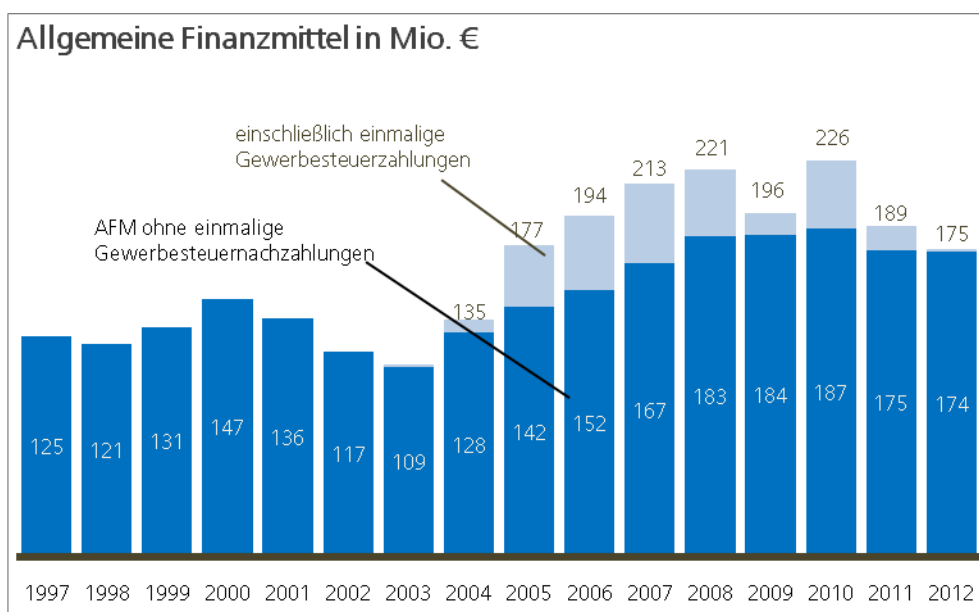
Nur so gelingt uns eine nachhaltige Haushaltspolitik ohne auf die Kosten künftiger Generationen zu leben.

1.4.2. Ergebnishaushalt

Allgemeine Finanzmittel

In 2012 stehen **175,375 Mio. € an Allgemeinen Finanzmittel** zur Deckung der Fach-/Bereichsbudgets, des Gebäudeunterhalts, der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe sowie der ordentlichen Abschreibungen zur Verfügung. Gegenüber dem Haushalt 2011 bedeutet dies eine **Erhöhung um ca. 19,9 Mio. €**. (Gegenüber Nachtrag 2011 Rückgang um 13 Mio) Die Situation hat sich aufgrund der positiven Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage im Jahr 2010 und 2011 verbessert. Insbesondere die in Ulm auch während der Wirtschaftskrise sehr stabilen Gewerbesteuereinnahmen, können in 2012 in Höhe von 81 Mio. € geplant werden.

In 2010 wurde aufgrund hoher Gewerbesteuerzahlungen eine Rückstellung „Finanzausgleich 2012“ in Höhe von 27,0 Mio. € gebildet. Diese Rückstellung wird in 2012 zum Ausgleich der Belastungen aus dem Finanzausgleich in vollem Umfang verwendet und ist bei der Ermittlung der Allgemeinen Finanzmittel bereits eingerechnet.



Ermittlung der Fach-/Bereichsbudgets

Die Fach-/Bereichsbudgets entwickeln sich in 2012 wie folgt:

| | |
|-------------------------------------|----------------------|
| Budget 2011 | 133.800.000 € |
| Einmalige Sonderfaktoren 2011: | -1.796.000 € |
| Neue einmalige Sonderfaktoren 2012: | 2.034.400 € |
| Konsolidierung 2012: | -1.490.000 € |
| dauerhafte Budgetänderungen: | 6.351.348 € |
| Summe Budgetentwicklung 2012 | 5.099.748 € |
| | |
| Budgetzuschuss 2012 | 138.899.748 € |

Die Fachbereichsbudget steigen damit gegenüber 2011 um 3,8 %.

Im Einzelnen wurden vom Gemeinderat folgende Sonderfaktoren gewährt:

| | | |
|---|--|---------------------|
| ○ | einmalige Sonderfaktoren 2011, die 2012 entfallen | -1.796.000 € |
| ○ | einmalige / befristete Sonderfaktoren 2012 | |
| - | Vorlaufkosten für die Durchführung Fischerstechen 2013 | 15.000 € |
| - | Durchführung Binder - Tanz 2012 (alle 4 Jahre) | 16.000 € |
| - | Durchführung Landesposaunentag (alle 2 Jahre) sowie verschiedene Zuschüsse an Vereine (Miete Kornhaus) | 10.000 € |
| - | Öffentlichkeitsarbeit - Kosten für Repräsentanten Donaufest 2012 | 30.000 € |
| - | 15 zusätzliche Ausbildungsstellen - zentrale Finanzierung; befristet auf 3 Jahre | 100.000 € |
| - | Ulm 2.0 - Stadt von morgen, Entwicklung eines Programms zur Bündelung web 2.0, social media, IT an Schulen, Glasfaserausbau, Bürgerbeteiligung/-dialog im politischen Umfeld - Erarbeitung Umsetzungskonzept | 200.000 € |
| - | Zusätzliche Kosten neuer Wartungsvertrag SAN (Storage Network Area) und Jukebox | 20.000 € |
| - | Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Finanzierung von SWU-Jahreskarten bei freiwilliger Führerscheinabgabe der Senioren | 20.000 € |
| - | Wissenschaftlicher Förderpreis (2-jahres Turnus) | 20.000 € |
| - | Donaufest 2012 | 270.000 € |
| - | "Aufbruch entlang der Donau" Schwerpunktveranstaltung 2012 | 290.000 € |
| - | Kompaktakademie für Kulturmanagement "Young professionals" | 50.000 € |
| - | Berblinger 2012, Nachbearbeitung Dokumentation Wettbewerbe 2006 und 2011 | 30.000 € |
| - | Zentrale Kulturmarketingstelle (befristet für 2 Jahre) | 80.000 € |
| - | Restaurierung bedrohter Archivalien | 45.000 € |
| - | Fortführung digitale Inventarisierung Ulmer Museum | 45.000 € |
| - | Neueinrichtung einer Dauerausstellung zum Thema HfG-Ulm im Zentrum für Gestaltung | 120.000 € |
| - | Onleihe (DiViBib) - Online-Ausleihe; für Bestandsaufbau zunächst befristet für drei Jahre (2012-2014) | 27.000 € |
| - | Projekt Starthilfe an Ulmer Hauptschulen | 75.000 € |
| - | Kinderschutz - Aufstockung w. Fallzahlensteigerung; befr. für 2 J. | 32.400 € |
| - | Ferienbetreuung i.R. Ausbau Bildung und Betreuung | 65.000 € |
| - | Sonderzahlung Hausgeld Schwambergerstr. 3-5 (Renovierung Fassade) - einmalige Erhöhung Bewirtschaftungskosten | 20.000 € |
| - | Teilhabeplanung - Fortschreibung | 15.000 € |
| - | Durchführung Landesseniorentag 2012 in Ulm | 20.000 € |
| - | Anschubfinanzierung Neueinrichtung Jobcenter Ulm - Anteil Stadt | 44.000 € |
| - | Fortführung der Bildungsregion | 15.000 € |
| - | Bildungsmesse - Durchführung 2012 | 35.000 € |
| - | Projekt City-Bahnhof Ulm- Wettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit | 185.000 € |
| - | Vermessung und Bodenordnung: Wenigereinnahmen bei den Verwaltungsgebühren infolge des Wegfalls gesetzlicher Aufgaben | 100.000 € |
| - | Anpassung der Entgelte für Benutzung des Fuhrparks von EBU; befristet auf 2 Jahre | 40.000 € |
| | | 2.034.400 € |
| ○ | Dauerhafte Sonderfaktoren 2012 ff | |
| - | Aufstockung Agenda Büro (Erhöhung Leitung von 10 auf 19,5 Std/Woche) | 15.000 € |
| - | Lichterserenade, Mehraufwand Nabada | 10.000 € |

| | |
|---|--------------------|
| - Erhöhung Bewirtschaftungsaufwand (Miete, NK) für Mietkauf Gebäude Katharinenstr. 1 (OV EI) | 72.000 € |
| - Entgelterhöhung für den Betrieb des IT-Leitungsnetzes sowie Wegfall Leitungsmiete | 383.000 € |
| - Zivildienst - Mehraufwand durch Aussetzen der Wehrpflicht | 60.000 € |
| - Umwandlung einer vorhandenen Stelle in EG 5 zu einer Stelle in A11 mit dem Ziel eine zentrale Vergabestelle VOL einzurichten | 35.000 € |
| - Zuschüsse für Sicherheitstrainings zu Gunsten von Fahranfängern in Höhe von 30 € | 10.000 € |
| - Miete für gemeinsame Zulassungsstelle mit ADK | 12.000 € |
| - Wiederbesetzung 0,5 Stelle zur Abdeckung des erhöhten Arbeitsaufwands bezügl. Einführung des elektron. Personalausweises | 22.000 € |
| - Weiterentwicklung des statist. Informationssystems, Erarbeitung von konzeptionellen Grundlagen mit dem Ziel, Bürgerumfragen im mehrjährigen Rhythmus durchzuführen. | 70.000 € |
| - Tagung Ulmer Denkanstöße, Veranstaltungsreihe | 15.000 € |
| - Mehraufwand Kunsthalle Weishaupt | 150.000 € |
| - Umzug HfG-Archiv - Erhöhung Bewirtschaftungskosten (Restanteil 2012) | 35.000 € |
| - Mittagsöffnung der Stadtteil- und Schulbibliothek Wiblingen | 19.500 € |
| - Hilfe zur Pflege - Mehrgenerationenanlage Eselsberg | 25.000 € |
| - Eingliederungshilfe - Aufstockung wegen Fallzahlenanstieg | 70.000 € |
| - Kinder in Bewegung - Fortführung | 27.000 € |
| - Ausbau Bildung und Betreuung (Ganztagesbetreuung, Netzwerk kulturelle Bildung) | 75.000 € |
| - Erhöhung Bewirtschaftungskosten Hafenbad 1 aufgrund Verkauf und Anmietung Gebäude (Räume Bildung und Sport) | 39.000 € |
| - Erhöhung Bewirtschaftungskosten (Energie, Reinigung) Eduard-Mörike-Schule aufgrund Erweiterung Sporthalle - Anteil 2012 | 7.000 € |
| - Kommunaler Sozialer Dienst - Aufstockung wegen Gesetzesänderung (Fam.reformG - Trennungsberatung); | 32.600 € |
| - Mehrbedarf Fortbildung FAM wegen gestiegener Mitarbeiterzahlen | 10.000 € |
| - Ausbau Kinderbetreuung (netto) | 823.000 € * |
| - Mehrbedarf für Unterhalt Fahrzeuge, erhöhte Betriebskosten | 10.000 € |
| - Führerscheinausbildung neuer Einsatzkräfte Feuerwehr | 10.000 € |
| - Erhöhung Einsatzvergütung FFW | 7.000 € |
| - Mehrbedarf Unterhalt und Pflege Außenanlagen u. Baumpflegemaßnahmen | 18.000 € |
| - Mehrbedarf Straßenunterhalt | 100.000 € |
| - Mehrbedarf Stadtentwässerung gemäß Prognose EBU | 135.000 € |
| - Mehrkosten für Unterhalt Straßenbeleuchtung aufgrund Preiserhöhung SWU | 40.000 € |
| - Erhöhung Stromkosten für Straßenbeleuchtung aufgrund Tarifierhöhung, -umstellung SWU und Zuwachs an Leuchtstellen | 210.000 € |
| - Erhöhung Regelzuschuss für die Stadtreinigung an EBU | 60.000 € |
| - Erhöhter Aufwand Heizung, Energie aufgrund Winter 2010/2011 | 100.000 € |
| - Bewirtschaftungskosten Brunnenanlagen | 20.000 € |
| | 2.727.100 € |
| Summe Sonderfaktoren | 2.965.500 € |

*i.R. des Nachtrags 2011 wurde bereits ein Teilbetrag in Höhe von 450.000 € veranschlagt.

Sozialhilfeausgaben

Der Zuschussbedarf für die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe ist seit dem Jahr 2000 bis 2011 um 15 Mio. € auf fast 46 Mio. € gestiegen. (Nachtrag 2011)

Im Jahr 2012 wird erstmals seit 2007 ein Rückgang im Bereich der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe in Höhe von ca. 0,8 € auf rd. 45 Mio. € prognostiziert.

Dieser Rückgang wird insbesondere durch zwei Faktoren verursacht:

- Höhere Bundesbeteiligung bei der Finanzierung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte (SGB XII)
- Höhere Bundesbeteiligung für die Unterkunftskosten im Rahmen des Sozialgesetzbuches II (Hartz IV) zur Finanzierung der Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket (vgl. GD 177/11)

Bei der Übertragung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte auf die Kommunen zum 01.01.2003 wurde vom Bund eine Erstattung der hierdurch zusätzlich entstehenden Kosten zugesagt. Entgegen den damaligen Zusagen beträgt die Bundesbeteiligung derzeit 16 %. Zum 01.01.2012 soll diese Bundesbeteiligung auf 45 % zum 01.01.2013 auf 70 % angehoben werden. Hierdurch ergeben sich gegenüber 2011 Entlastungen für den städtischen Haushalt, die aber teilweise durch höhere Fallzahlen insb. im Bereich der Eingliederungshilfe wieder „aufgefressen“ werden.

Um die bei den Kommunen für die Finanzierung des Teilhabepakets zusätzlich entstehenden Aufwendungen zu finanzieren, erhöht der Bund die Bundesbeteiligung für die von den Kommunen geleisteten Unterkunftskosten im Bereich Hartz IV von 28,5 % auf 39,8 %. Netto ergibt sich hierdurch eine Entlastung des städtischen Haushalts, da mit dieser erhöhten Bundesbeteiligung auch Leistungen zu finanzieren sind, die in Ulm bereits vor 2012 im Haushalt veranschlagt waren (z.B. Schulsozialarbeit).

Die dargestellten Ansätze für Sozialhilfekosten sind natürlich mit Risiken verbunden. Insbesondere die Fallzahlensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege können ein Nachsteuern bei der Haushaltsplanerstellung im Herbst erforderlich machen.

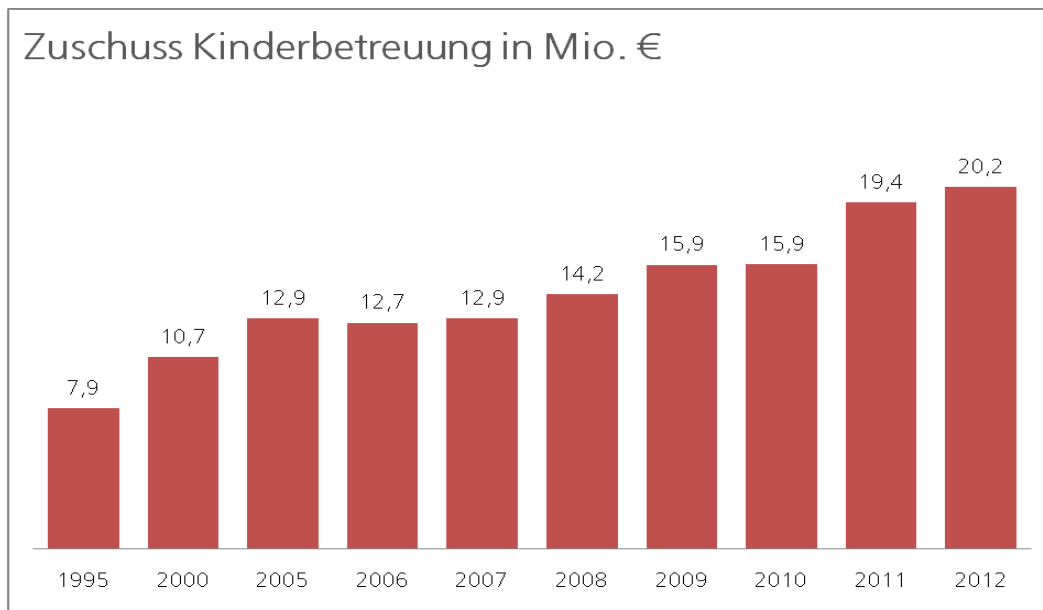
Im Jahresvergleich zeigt die Sozial- und Jugendhilfe folgende Entwicklung:

| | |
|----------------|-------------|
| Ergebnis 2006: | 40,9 Mio. € |
| Ergebnis 2007: | 40,4 Mio. € |
| Ergebnis 2009: | 44,0 Mio. € |
| Ergebnis 2010: | 44,8 Mio. € |
| Plan 2011: | 47,0 Mio. € |
| Nachtrag 2011: | 45,8 Mio. € |
| Plan 2012: | 45,0 Mio. € |

Kinderbetreuung

Ausgehend von einem Zuschussbedarf im Bereich Kindertagesstätten von 19 Mio. € in 2011, steigt der Zuschussbedarf in 2012 um rd. 1 Mio. € auf über 20 Mio. €/Jahr. Für den Finanzplanungszeitraum bis 2015 ist jährlich mit einer weiteren Steigerung des Zuschussbedarfs von mindestens 1 Mio. €/Jahr zu planen.

Die jährlichen Steigerungen wären noch höher wenn sich die Inbetriebnahme der jeweils 5-gruppigen Einrichtungen Lettenwald und Eselsberg nicht verzögert hätten.



Personalausgaben

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (TVöD) läuft Ende Februar 2012 aus. Aufgrund der Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation ist davon auszugehen, dass von Seiten der Arbeitnehmervertretungen erhebliche Lohnzuwächse gefordert werden. Bei der Kalkulation der Personalaufwendungen 2012 wurde von einer Tariferhöhung von 2 % ausgegangen. Bei den Beamtenbesoldungen sowie den Sondertarifverträgen des Theaters wurde ebenfalls von einer Erhöhung der Bezüge um 2 % ausgegangen. Insgesamt belastet dies den städtischen Haushalt 2012 mit zusätzlich 2,066 Mio. €.

Darüber hinaus haben die Fachbereiche für 2012 in erheblichem Umfang neue, dauerhafte Stellen als Sonderfaktor beantragt. Insbesondere das für den Ausbau der Kinderbetreuung notwendige neue Personal belastet den städtischen Haushalt 2012 zusätzlich mit 943 T€. - davon wurden im Nachtrag 2011 bereits 450 T€ umgesetzt.

Insgesamt steigen die Personalaufwendungen gegenüber dem bereinigten Ansatz 2010 um fast 3,6 Mio. € auf 95,3 Mio. €.

Gewinnausschüttung Stadtwerke

Das Jahresergebnis der Stadtwerke ist in den vergangenen Jahren, insbesondere auch durch die Verschlechterung der gesetzlichen branchenspezifischen Rahmenbedingungen (Netzentgeltregulierung) unter Druck geraten. Um die Ertragssituation zu stärken wird deshalb nach wie vor die eigene Stromproduktion weiter ausgebaut. Hierzu sind hohe Investitionen erforderlich, weshalb die Gewinne in den vergangenen Jahren vorrangig zur Stärkung des Eigenkapitals im Unternehmen verwendet werden.

In **2009 (Ausschüttung Haushalt 2010)** konnten allerdings wieder **ca. 3,7 Mio. € an die Stadt ausgeschüttet** werden. Die **Ausschüttung 2010 (Ausschüttung Haushalt 2011)** beträgt wie im Haushalt der Stadt veranschlagt **brutto rd. 6 Mio. €**. Die hohe Ausschüttung 2011 wurde als **einmaliger Beitrag** der Stadtwerke zur Finanzierung des städtischen Haushaltsjahrs 2011 festgelegt.

Für das Jahr 2011 (**Ausschüttung Haushalt 2012**) wird wieder mit einer Ausschüttung an die Stadt in Höhe von **3,7 Mio. €** gerechnet.

Eingriffe Bund und Land

Die Kommunalhaushalte werden bereits seit Jahren durch neue Gesetze von Bund und Land massiv zusätzlich belastet. Diese Belastungen haben sich bis zum Jahr 2010 auf 30 Mio. € jährlich gesteigert. Allein in den Jahren 2004 bis einschließlich 2010 fehlen dem städtischen Haushalt damit rd. 80 Mio. €.

Ob die von der neuen Landesregierung formulierten Entlastungen der Kommunen im insbesondere im Bereich Kinderbetreuung / Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen eintreten werden, bleibt abzuwarten.

Steuern, Gebühren

Der Haushalt 2012 sieht keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vor.

Durch die zum Kindergartenjahr 2011/2012 beschlossene Erhöhung der Kindertagesstättengebühren erwirtschaftet der Haushalt ab 2012 Mehreinnahmen von 450.000,- €/Jahr.

Die übrigen Gebühren werden - im Rahmen der Leitlinien – der Kostenentwicklung angepasst. Gebührenerhöhungen sind grundsätzlich dem Gemeinderat vorzulegen.

Ausgleich des Ergebnishaushaltes / Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt

Durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) entfällt die seit Jahrzehnten für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts so wichtige Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt.

Für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts im NKHR ist relevant, ob es gelingt die ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes einschließlich Abschreibungen und Rückstellungen durch ordentliche Erträge zu decken. Ziel dieser Regelung ist es, zu gewährleisten, dass jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen durch entsprechende Erträge wieder ersetzt und damit nicht die künftigen Generationen belastet. Im Haushalt 2012 wird der Haushaltsausgleich erreicht. Der Ergebnishaushalt weist einen Überschuss von 3,4 Mio. € auf.

1.4.3. Finanzhaushalt, Schulden, Rücklagen

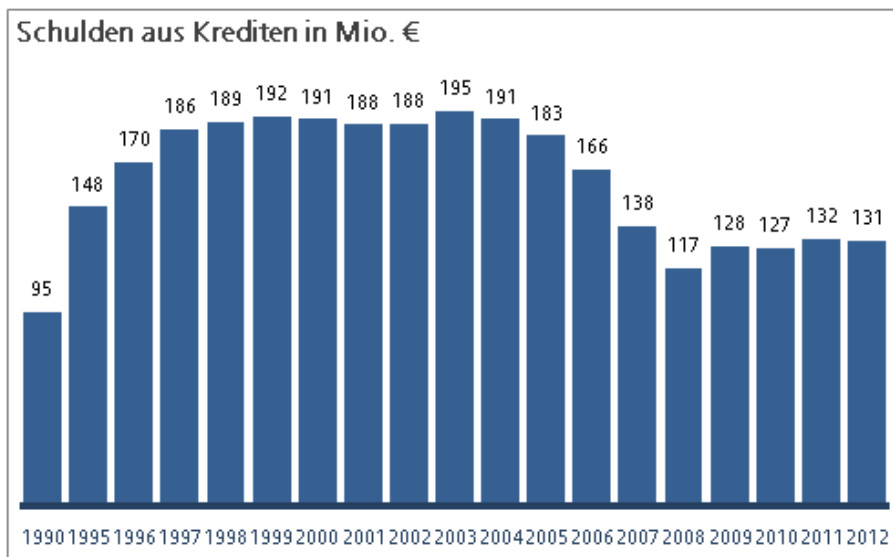
Die städtischen Investitionen werden im Finanzhaushalt (früher Vermögenshaushalt) dargestellt. Die in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellten „Großinvestitionen“ haben ein Investitionsvolumen von ca. 275 Mio. €. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von kleineren Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

Das Investitionsvolumen im Haushalt 2012 liegt bei 61,5 Mio. € und damit um ca. 5,3 Mio. € über der beschlossenen Finanzplanung (2010-2014). Insbesondere die Bauinvestitionen steigen gegenüber der Finanzplanung (2010 – 2014) um rd. 6 Mio. € auf 33 Mio. €.

Da die Bauverwaltung neben den Investitionsmaßnahmen in 2012 rd. 18,6 Mio. € an laufenden Unterhaltungsmitteln abzarbeiten hat, ist davon auszugehen, dass hier eine Kapazitätsgrenze erreicht wird.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Bauverwaltung durch ein entsprechendes Baustellenmanagement dafür zu sorgen, dass trotz der Vielzahl der Baumaßnahmen, die insbesondere auch den innerstädtischen Verkehrsraum betreffen, die Leistungsfähigkeit des Verkehrs möglichst wenig beeinträchtigt wird.

In 2012 müssen netto keine neuen Schulden zur Finanzierung des Haushalts aufgenommen werden. Nach der vorliegenden Planung kann die Verschuldung um ca. 0,8 Mio. € zurückgeführt werden. Die Verschuldung sinkt damit leicht auf ca. 131 Mio. €.



1.4.4. Haushaltskonsolidierung / Strukturmaßnahmen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.07.2009 (GD 223/09) ein mittelfristiges Konsolidierungsziel in Höhe von 5 Mio. € im Verwaltungshaushalt festgelegt. Davon sind 4,5 Mio. € von den Fachbereichen zu erbringen, der Rest in Höhe von 0,5 Mio. € entfallen auf übergreifende Konsolidierungsvorschläge.

Der Konsolidierungsbeitrag ist in drei gleichen Jahresraten von 1,5 Mio. € (2010 – 2012) zu erbringen. Zusätzlich waren in 2010 noch nicht erbrachte Konsolidierungsbeiträge aus den Konsolidierungsrunden 2002 und 2004 ff zu erbringen.

In 2012 wurden deshalb die Budgets um 1.490.000,- € gekürzt. Die Konsolidierungsrunde 2010 – 2012 ist damit abgeschlossen.

Aufteilung der Konsolidierungsbeiträge 2012 auf die Fach-/Bereiche:

| | Gesamt in T€ | OB | ZS | ZD | BD | KU | BuS | StBU |
|---------------------------------|-----------------|-----|----|----|-----|-----|-----|------|
| Konsolidierungs betrag in T€ | 1.490 | 107 | 65 | 60 | 117 | 297 | 419 | 425 |

1.4.5. Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm / Dauerhaftes Sanierungsprogramm

Der Gemeinderat hat am 14. Juli 2004 (GD 280/04) ein Wachstums- und Impulsprogramm mit einem Volumen von 35 Mio. € über eine Laufzeit von 7 Jahren beschlossen. Ziele des Programms sind insbesondere Impulse für Konjunktur und Beschäftigung und Abbau des städtischen Sanierungsstaus. Das Programm läuft Ende des Jahres 2011 aus. Im Rahmen des Eckdatenbeschlusses hat der Gemeinderat die Fortführung des Programms um ein weiteres Jahr beschlossen. Darüber hinaus wurde beschlossen das WIP-Programm – vorbehaltlich der Finanzierung – ab 2013 in ein dauerhaftes Sanierungsprogramm umzuwandeln.

In 2012 werden für das WIP 6,4 Mio. € davon 1 Mio. € für energetische Gebäudesanierung bereitgestellt werden. Gegenüber 2011 bedeutet dies eine Steigerung des Volumens um 0,2 Mio. €.

1.4.6. Risiken im Haushalt 2012

Welche Auswirkungen die abkühlende Weltkonjunktur sowie die Eurokrise auf die kommunalen Haushalte haben wird, kann derzeit schwer abgeschätzt werden.

Risiken bestehen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Wegbrechende Steuereinnahmen als Folgen einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise
- Entwicklung der Sozialausgaben (steigende Fallzahlen insb. im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege)
- Ausweitung von vorhandenen, sowie neue Aufgaben (Ausbau Kinderbetreuung)
- Belastung durch neue, große Investitionsprojekte

Da der Haushalt 2012 nur geringe Reserven enthält, ist durch jede zusätzliche Belastung der Ausgleich des Ergebnishaushaltes sowie das Erreichen der „Nettonullverschuldung“ gefährdet.

2. ERLÄUTERUNGEN ZUM HAUSHALTSPLAN 2012

2.1 Ergebnishaushalt

2.1.1 Überblick über den Ergebnishaushalt

| | |
|--|---------------------|
| Veranschlagtes Gesamtergebnis | 3.401.000 € |
| <i>Bereinigung:</i> | |
| - Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen | 3.213.900 € |
| - Auflösung von Beiträgen und Ertragszuschüssen | 11.428.950 € |
| - Abschreibungen | -36.336.200 € |
| Bereinigtes veranschlagtes Gesamtergebnis | 25.094.350 € |

Bei Anwendung der bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich ergäbe sich eine Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt von 25,0 Mio. €. Die Kredittilgung 2012 beläuft sich auf 11,0 Mio. €. Die gesetzliche Mindestzuführungsrate wäre damit erreicht und eine Nettoinvestitionsrate von 14 Mio. € erwirtschaftet worden.

Nach den Übergangsvorschriften zur Einführung des NKHR können bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2015 die bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich sinngemäß angewendet werden (Art. 13, Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts). Demnach liegt für 2012 ein gesetzmäßiger Haushalt vor.

Der Haushalt ist jedoch **erst dann "nachhaltig", wenn die Abschreibung** abzüglich der Eigenleistungen, Bestandsveränderungen und der Beträge und Ertragszuschüsse **durch Einnahmen gedeckt sind**. Dies ist in 2012 der Fall. Dennoch ist auch in Ulm ein **Sanierungsstau in der Infrastruktur**, wie z.B. Schulgebäuden und Straßen, vorhanden. Der Abbau dieses Sanierungsstaus durch Investitionen in Form von Generalsanierungen führt zu zusätzlichen Abschreibungen die den Ausgleich des Ergebnishaushaltes künftig nachhaltig beeinflussen.

Nachfolgend werden die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten erläutert. Da sich die einzelnen Ertrags-/Aufwandsgruppen i.d.R. nicht mit den Gruppen im kameralen Haushaltsplan vergleichen lassen, ist eine Gegenüberstellung zu den Werten bis 2010 nur eingeschränkt möglich.

2.1.2 Erläuterung der einzelnen Ertragsarten

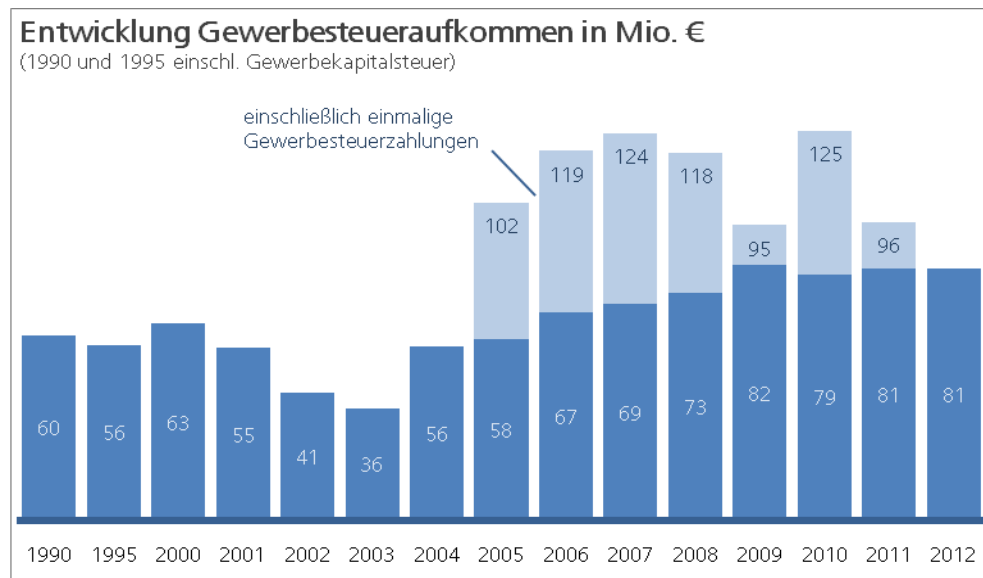
a) Überblick

| Ertragsarten | T€ |
|--|---------|
| 1 Steuern und ähnliche Abgaben | 168.320 |
| 2 Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) | 83.379 |
| 3 Sonstige Transfererträge | 5.050 |
| 4 Gebühren und ähnliche Abgaben | 24.444 |
| 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte | 18.420 |
| 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 8.871 |
| 7 Finanzerträge | 7.972 |
| 8 Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen | 3.214 |
| 9 Sonstige ordentliche Erträge | 41.917 |
| 10 Ordentliche Erträge | 361.587 |

b) Steuern und ähnliche Abgaben (168.320 T€)

2005 bis 2011 enthält die **Gewerbsteuer** erhebliche einmalige Zahlungen einzelner Gewerbesteuerzahler. Für 2012 wird davon ausgegangen, dass das Niveau der regelmäßigen Gewerbesteuereinnahmen gehalten werden kann. Damit geht die Planung von einem **weiterhin hohen Niveau der laufenden Gewerbesteuereinnahmen** aus.

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich wie folgt entwickelt:



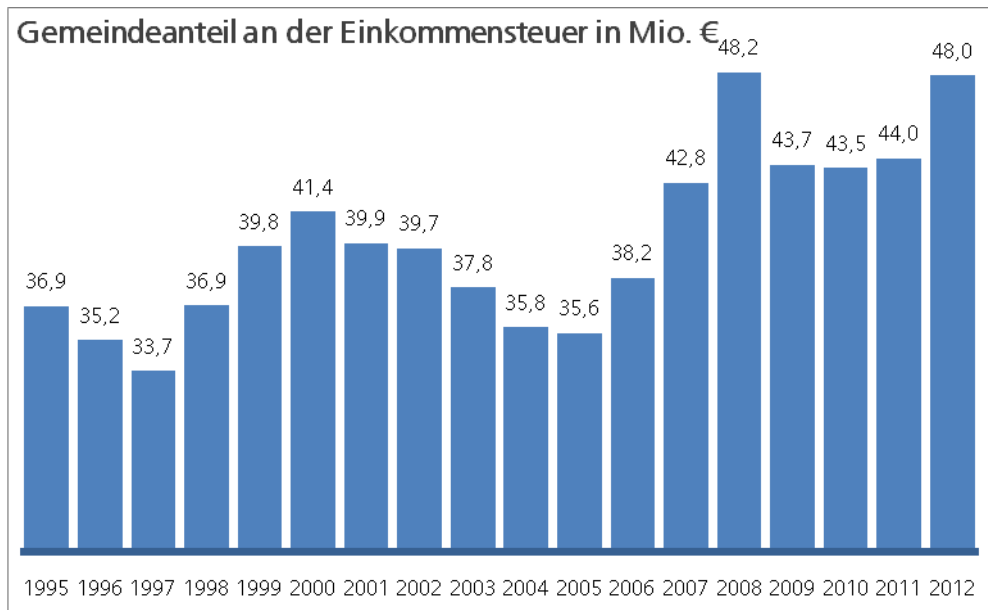
Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2011

394 v.H.

Hebesatz in Ulm 2012 (seit 1994)

360 v.H.

Die Gemeinden erhalten 15 v.H. der in Baden-Württemberg erzielten Lohn- und **Einkommensteuer** und 12 v.H. vom Zinsabschlag. Der Gemeindeanteil wird aufgrund von Schlüsselzahlen, die alle 3 Jahre neu festgelegt werden, auf die Gemeinden verteilt. Ab 2012 wird eine neue Schlüsselzahl ermittelt, die jedoch noch beschlossen werden muss. Im Haushalt 2012 ist eine Erhöhung um 4 Mio. € veranschlagt. Damit entwickelt sich der Einkommensteueranteil wie folgt:



Als Ersatz für die zum 01.01.1998 abgeschaffte Gewerbesteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v.H. aus der **Umsatzsteuer**, der nach einem festen Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt wird. 2012 wird auf Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2011 für die Gemeinden Baden-Württembergs von einem Umsatzsteueraufkommen mit rd. 525 Mio. € ausgegangen (vorläufiger Haushaltserlass des Landes vom 12.07.11). Für Ulm wurde der Ansatz 2012 um 0,2 Mio.€ auf 9,5 Mio. € erhöht.

Die Einnahmen aus **sonstigen Steuern** setzen sich aus der Vergnügungssteuer (1.300 T€) und der Hundesteuer (270 T€) zusammen. Der Gemeinderat hat für 2012 eine Erhöhung des Steuersatzes für die Vergnügungssteuer beschlossen. Die sich hieraus ergebenden Steuermehreinnahmen sind im Haushaltsplan noch nicht enthalten. Ggf. wird der Ansatz i.R. des Nachtrags erhöht.

Die Leistungen nach dem **Familienleistungsausgleich** betragen in Baden-Württemberg für 2012 voraussichtlich 409 Mio. €. Der Betrag wird nach der für die Aufteilung des Einkommensteueranteils maßgeblichen Schlüsselzahl verteilt. Für Ulm ergibt sich eine Steigerung um 0,3 Mio. €.

c) Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)(83.379 T€)

| Art der Zuwendung | T€ |
|--|---------------|
| Schlüsselzuweisungen | 24.900 |
| für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde | 2.250 |
| Zuweisung vom Land aus der Grunderwerbsteuer | 6.000 |
| Laufende Zuweisungen vom Land | 32.680 |
| Laufende Zuweisungen vom Bund, von Gemeinden/Gemeindeverbänden und sonstigen | 420 |
| Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz IV) | 5.700 |
| Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen | 11.429 |
| Summe | 83.379 |

Die **Schlüsselzuweisungen** (mangelnde Steuerkraft, Stadt als Stadtkreis, kommunale Investitionspauschale), die Zuweisungen für die **Wahrnehmung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde**, sowie die **Zuweisung aus der Grunderwerbsteuer** wurden auf Grundlage des vorläufigen Haushaltserlasses des Landes vom 12.07.2011 veranschlagt.

Die **laufenden Zuweisungen vom Land** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | | Ergebnis 2010 | 2012 zu 2011 | 2011 zu 2010 |
|-----------------------------|---------------|---------------|------------------|-----------------|--------------------|
| | 2012 | 2011 | | | |
| | T€ | T€ | T€ | v.H. | v.H. |
| Sachkostenbeiträge Schulen | 12.556 | 12.556 | 12.019 | 0 | 4,5 |
| Zuweisungen Kinderbetreuung | 8.694 | 7.384 | 6.296 | 17,7 | 17,3 |
| Theater | 4.249 | 4.249 | 4.250 | 0 | 0 |
| Schülerbeförderung | 2.380 | 2.380 | 2.383 | 0 | 0 |
| Soziallastenausgleich | 1.500 | 1.500 | 1.094 | 0 | 37,1 |
| Unterhaltung der Straßen | 794 | 794 | 706 | 0 | 12,5 |
| Altlastensanierung | 525 | 525 | 272 | 0 | 93,0 |
| Sonstige Zuweisungen | 1.982 | 2.109 | 2.130 | -6,0 | -1,0 |
| Gesamt | 32.680 | 31.497 | 29.150 | 3,8 | 8,1 |

Bei den **sonstigen Zuweisungen** des Landes sind insbesondere Zuweisungen für den ÖPNV, für die Eingliederung von Sonderbehörden, sowie für verschiedene Projekte berücksichtigt.

Bei der Abschreibung von Vermögensgegenständen darf nur der um erhaltene Zuschüsse gekürzte Betrag zugrunde gelegt werden. Die Stadt wendet dazu die sog. Bruttomethode an, d.h. die gesamten Anschaffungs-/ Herstellungskosten fließen in die Abschreibung des Anlageguts ein (= Aufwand), im Gegenzug werden die erhaltenen Zuschüsse jährlich in Höhe des Abschreibungssatzes aufgelöst und als Ertrag bei der Position **Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen** verbucht.

d) Sonstige Transfererträge (5.050 T€)

Die **sonstigen Transfererträge** enthalten Ersatzleistungen und Kostenbeiträge im Rahmen der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe. Dazu wird auf Ziff. 2.1.3 f) verwiesen.

- e) Gebühren und ähnliche Abgaben (24.444 T€)
Die **Gebühren** sind entsprechend den Grundsätzen des § 78 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit §§ 11 und 14 Kommunalabgabengesetz der Kostenentwicklung anzupassen. Entsprechend den Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung sind die Gebührenhaushalte daraufhin jährlich zu überprüfen. Nähere Informationen zu den einzelnen Gebührenhaushalten sind in den Vorberichten der Fach-/Bereiche enthalten.
- f) Privatrechtliche Leistungsentgelte (18.420 T€)
Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** sind insbesondere Mieten (2.823 T€), Pachten (2.132 T€), Nutzungsentgelte (1.225 T€), Verkaufserlöse (7.454 T€) und Ersätze (2.946 T€) enthalten. Die Verkaufserlöse beinhalten insbesondere die Leistungsentgelte des Baubetriebshofs mit 6.144 T€.
- g) Kostenerstattungen und Kostenumlagen (8.871 T€)
Aus dem Bereich der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe sind bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** Erträge von 3.695 T€ enthalten. Die Erstattungen vom Land (1.196 T€) enthalten im Wesentlichen Erstattungen im Rahmen der Verwaltungsreform des Landes (908 T€), sowie in 2011 eine Erstattung mit 349 T€ für die Durchführung des Zensus und der Wahl in 2011. Bei den Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (2.348 T€) sind überwiegend Erträge aus Erstattungen für Betriebskittas (650 T€) für Schulen von den Mitträgern (776 T€), für die Schülerbeförderung (265 T€), für Eislaufanlage, Donauerlebnisbad und Donaufreibad (329 T€) sowie für Leistungen der Feuerwehr, insbes. Leitstelle (225 T€) enthalten.
- h) Finanzerträge (7.972 T€)
Bei den Finanzerträgen sind Zinserträge mit 4.225 T€, sowie eine Gewinnausschüttung der SWU mit 3.747 T€ enthalten. Damit liegt die Ausschüttung auf dem Niveau von 2010.
- i) Aktivierte Eigenleistungen (3.214 T€)
Aufwendungen, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt werden, sind auf die jeweilige Investitionsmaßnahme zu verrechnen. Für 2012 wurden aktivierte Eigenleistungen bei den Abteilungen Liegenschaften und Wirtschaftsförderung, Zentrale Steuerung/Team IT und Gebäudemanagement veranschlagt. Die konzeptionellen Grundlagen für die Aktivierung von Eigenleistungen sind noch nicht vollständig, insbesondere sind noch die Höhe der Aktivierten Eigenleistung von LI zu überprüfen und Regelungen für die Aktivierten Eigenleistungen von VGV zu erarbeiten.
- j) Sonstige ordentliche Erträge (41.917 T€)
Die sonstigen ordentlichen Erträge setzten sich im Wesentlichen aus Konzessionsabgaben, Bußgeldern, Säumniszuschläge und Mahngebühren zusammen. 2012 ist außerdem die Auflösung der Rückstellung zum Ausgleich der Belastungen im Finanzausgleich in Höhe von 27 Mio. € enthalten, die aufgrund der einmaligen Gewerbesteuerzahlungen 2010 gebildet wurde (vgl. Ziff. 1.4.2)

2.1.3 Erläuterung der einzelnen Aufwandsarten

a) Überblick

| Aufwandsarten | T€ |
|--|----------|
| 11 Personalaufwendungen | -95.285 |
| 12 Versorgungsaufwendungen | -50 |
| 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -55.488 |
| 14 Planmäßige Abschreibungen | -36.336 |
| 15 Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -5.000 |
| 16 Transferaufwendungen | -151.964 |
| 17 Sonstige ordentliche Aufwendungen | -14.063 |
| 18 Ordentliche Aufwendungen | -358.186 |

b) Personal- und Versorgungsaufwendungen (95.285 T€)

Entwicklung der Personalstellen:

Für folgende Stellen sind Personalaufwendungen veranschlagt:

| | 2011 | Zugang | Abgang | Saldo | 2012 |
|----------------|----------|--------|--------|-------|----------|
| Beamte * | 388,16 | 8,15 | 3,00 | 5,15 | 393,31 |
| Beschäftigte * | 1.415,15 | 30,00 | 9,52 | 20,48 | 1.435,63 |
| Summe | 1.803,31 | 38,15 | 12,52 | 25,63 | 1.828,94 |

* ohne Leerstellen, aber inkl. von Verschiebungen zwischen den Mitarbeitergruppen bei den Zu- und Abgängen

Die Stellenzahl erhöht sich per Saldo um 25,63 Stellen.

Stellenneuschaffungen ergeben sich

- im Bereich des Oberbürgermeisters
 - Stelle Donaustrategiebeauftragter + 1,00
- im Bereich Zentrale Steuerung
 - Projektmanagement „Techn. Migration ... www.ulm.de“ + 1,00
- im Fachbereich Kultur
 - Bibliothek; Mittagsöffnung Wiblingen + 0,20
 - Museum; Projektstelle „Inventarisierung“ + 1,00
 - Theater; Leitung Abo-Büro + 1,00
 - Hauptabt. Kultur; Zentrales Kulturmarketing + 1,00
 - Musikschule; Projekt „Singen-Bewegen-Sprechen“ + 0,60
 - Musikschule; Zentrales Sekretariat + 1,00
- im Fachbereich Bildung und Soziales
 - ABI; Sachbearbeitung Eingliederungshilfe + 1,00
 - ABI; Stellenaufstockung Sekretariat + 0,10
 - FAM; Kinderschutzstelle + 0,50
 - FAM; Sachbearbeitung Wirtschaftliche Jugendhilfe + 1,00
 - FAM; Schulsozialarbeit Schulzentrum Mitte-Ost + 0,50
 - FAM; Zentrale Mediensschulsozialarbeit + 0,50

| | |
|---|---------|
| ▪ FAM; Schulsozialarbeit Albert-Einstein-Realschule | + 0,25 |
| ▪ FAM; Kommunaler Sozialer Dienst | + 1,50 |
| ▪ KITA; Verwaltung – Berechtigungsprüfung | + 0,50 |
| ▪ KITA; pädagogische Fachkräfte | + 19,35 |
| • Im Bereich Bürgerdienste | |
| ▪ Intensivierung Statistik, insbes. Auswertungen | + 1,00 |
| ▪ Sachbearbeitung Lebensmittelüberwachung | + 1,00 |
| ▪ Amtl. Fachassistent/in | + 1,00 |

Stellenstreichungen ergeben sich

| | |
|---|--------|
| • Im Bereich des Oberbürgermeisters | - 1,00 |
| • im Bereich der Zentralen Steuerung | - 2,00 |
| • im Bereich der Zentralen Dienste | - 1,00 |
| • im Fachbereich Kultur | - 1,50 |
| • im Bereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt | - 0,87 |
| • im Bereich Bürgerdienste | - 3,00 |

Außerdem werden 3,15 Beschäftigtenstellen in Beamtenstellen umgewandelt.

Entwicklung der Personalaufwendungen

Für 2012 liegen noch keine Tarifabschlüsse vor. Es wurde einheitlich für den TvöD, die Mitarbeiter/innen im künstlerischen Bereich des Theaters sowie für die Beamtenbesoldung eine Erhöhung um 2 % ab 01.01.2012 unterstellt.

Die tarifliche Steigerung der Personalaufwendungen setzt sich damit wie folgt zusammen:

| | |
|---|--------------------|
| • Lohnsteigerung TVöD / Theater | 1.290.000 € |
| • Erhöhung Beamtenbesoldung | 540.000 € |
| • Änderung Sozialversicherung / Umlagen | 236.000 € |
| Summe | <u>2.066.000 €</u> |

Die Personalaufwendungen entwickeln sich in 2012 damit wie folgt:

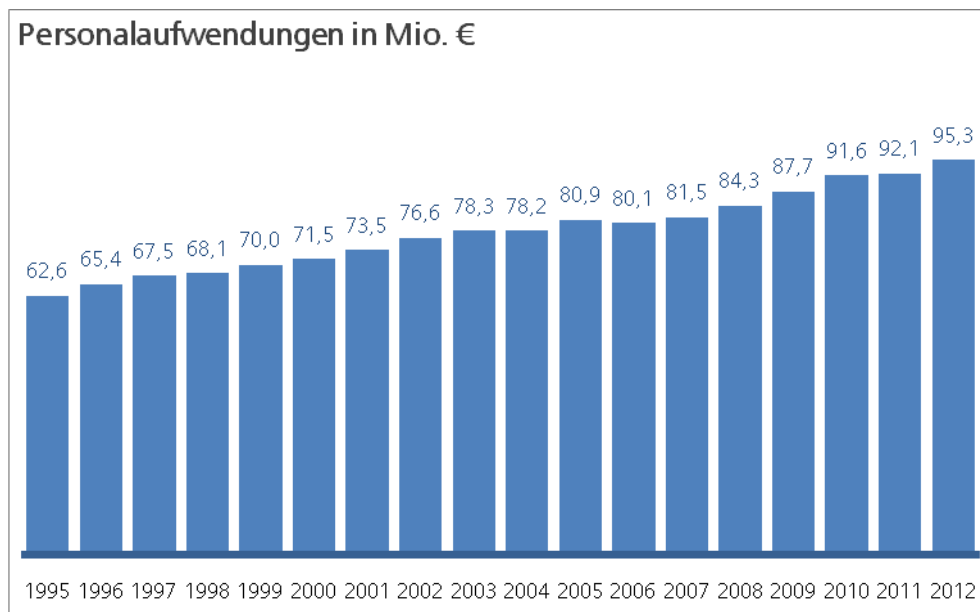
| | |
|--|--------------------------|
| Planansatz 2012 (Nachtrag) | 92.115.000 |
| • Tarif-, Besoldungs- und Umlageerhöhung | 2.066.000 |
| • Konsolidierung 2011 | -196.700 |
| • Sonderfaktoren 2011 | |
| - Wenigeraufwand wegfallende Sonderfaktoren Vorjahre | -329.000 |
| - Neue einmalige Sonderfaktoren | 692.600 |
| - Neue laufende Sonderfaktoren | 734.100 |
| • Sonstige Mehraufwendungen, insbes. aufgrund von Umschichtungen | 253.000 |
| Planansatz 2012 | <u>95.335.000</u> |

Für Dienstaufwandsentschädigungen sind im Planansatz insgesamt 75.000 € enthalten.

Konsolidierung

Die Personalaufwendungen wurden im Rahmen der Konsolidierung bzw. der Strukturmaßnahmen seit 2002 wie folgt reduziert:

| | |
|-------------|-----------------|
| 2002 – 2009 | -4.931.000 |
| 2010 | -597.700 |
| 2011 | -109.900 |
| 2012 | -196.700 |
| <hr/> Summe | <hr/> 5.835.300 |



Ab 2011 wurden sonst. Personal- und Versorgungsaufwendungen, sowie ehrenamtliche Entschädigungen in Höhe von 1.040 T€ zum Sachaufwand umgeschichtet.

c) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (55.488T€)

Im Wesentlichen sind hier Unterhaltungsaufwendungen, gebäudebezogener Aufwand, fachspezifische Betriebsausgaben (z.B. Bundesdruckerei Pässe, verlässliche Grundschule, usw.), Aufwand für Straßenentwässerung, Lehr- und Lernmittel, sowie für Honorare (insbesondere Musikschule und Prüfstatik) enthalten.

Bei den Unterhaltungsmaßnahmen sind im Rahmen des Wachstums- und Impulsprogramms folgende zusätzlichen Mittel veranschlagt:

| | 2012 | 2011 | 2010 |
|------------------------|-------------|-------------|-------------|
| | In T€ | In T€ | In T€ |
| Unterhaltung | 5.400 | 4.200 | 3.430 |
| Energetische Sanierung | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| <hr/> Gesamt | <hr/> 6.400 | <hr/> 5.200 | <hr/> 4.430 |

In 2011 und 2010 zusätzliche WIP-Mittel im Finanz- (bzw. Vermögens-)haushalt

d) Planmäßige Abschreibungen (36.336 T€)

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens oder durch wirtschaftliche Wertminderung entsteht, wird über die Abschreibungen erfasst. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplan-aufstellung war noch nicht das gesamte Vermögen der Stadt bewertet, insbesondere betrifft dies Straßen, Wege und Plätze, öffentliche Grünflächen und Grünanlagen, sowie Spiel- und Sportplätze. Im Haushaltsplan 2012 wurden die Abschreibungen deshalb zum Teil erneut geschätzt. Die

Bewertung wird derzeit für die Erstellung der Eröffnungsbilanz erarbeitet.

Die Steigerung gegenüber 2011 wird dadurch verursacht, dass in 2012 Investitionen in erheblicher Höhe fertiggestellt werden und damit der Abschreibung unterliegen.

e) Zinsen und ähnliche Aufwendungen (5.000T€)

Der Zinsaufwand reduziert sich gegenüber 2011 um 300 T€ auf 5.000 T€.

f) Transferaufwendungen (151.964 T€)

Die Transferaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | T€ |
|---------------------------------------|-----------------|
| Zuweisungen und Zuschüsse | -32.450 |
| Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe | -59.103 |
| Allgemeine Umlagen | -60.400 |
| Sonstiges | -11 |
| Gesamt | -151.964 |

Zuweisungen und Zuschüsse

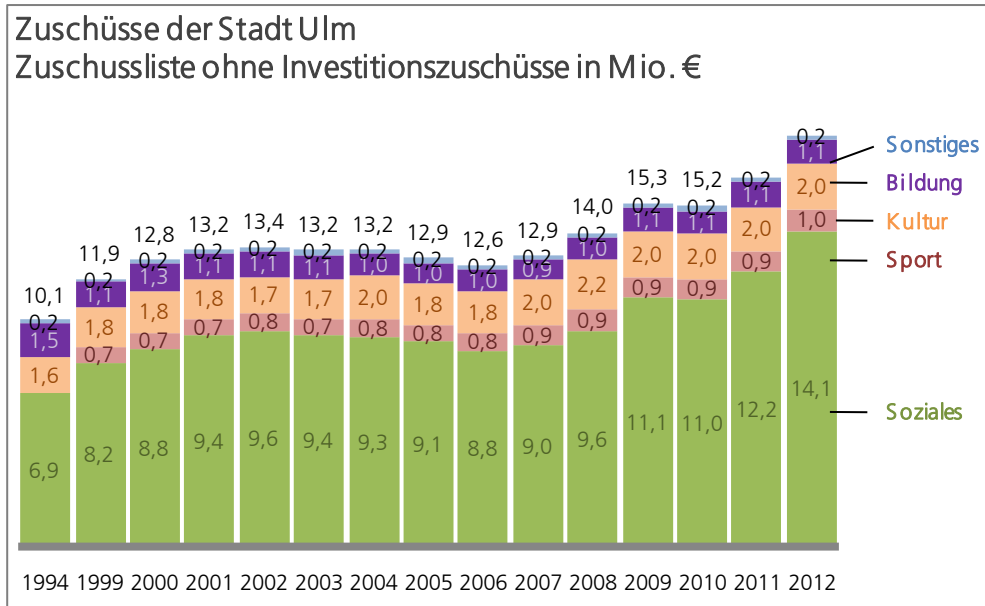
| | Haushaltsplan | | Ergebnis | 2012 zu | 2011 |
|--|---------------|---------------|-----------------|------------|------------|
| | 2012 | 2011 | 2010 | 2011 | zu |
| | T€ | T€ | T€ | v.H. | 2010 |
| | | | | | v.H. |
| Zuschussliste (Anlage 4 zum HHPI) | 18.375 | 16.464 | 15.238 | 11,6 | 8,1 |
| Landeszuschuss für Kinderbetreuung | 4.656 | 4.656 | 3.802 | 0,0 | 22,5 |
| Zuschuss EBU Stadtreinigung | 3.064 | 3.016 | 3.924 | 1,6 | -23,1 |
| Zuschuss ÖPNV | 2.449 | 2.449 | 2.496 | 0,0 | -1,9 |
| Betreiberzusch. Donauerlebnisbad, Eislaufanlage, Donaufreibad | 1.376 | 1.376 | 2.344 | 0,0 | -41,3 |
| Schülerbeförderung | 853 | 853 | 884 | 0,0 | -3,5 |
| Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH | 600 | 576 | 576 | 4,2 | 0,0 |
| Zuschuss EBU Wasserläufe/Wasserbau | 179 | 179 | 194 | 0,0 | -7,7 |
| Donaubüro | 120 | 165 | ¹⁾ - | -27,3 | - |
| Stadtentwicklungsverband | 100 | 125 | 144 | -20,0 | -13,2 |
| ZV Tierkörperbeseitigung Warthausen | 100 | 100 | 88 | 0,0 | 13,6 |
| Nachbarschaftsverband Ulm | 95 | 95 | 31 | 0,0 | 206,5 |
| Umlage Regionalverband | 75 | 75 | 94 | 0,0 | -20,2 |
| Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse | 59 | 252 | 6 | -76,6 | |
| Summe | 32.450 | 30.484 | 29.924 | 6,4 | 1,9 |

1) Die Einlage beim Donaubüro wurde in 2010 nicht als Zuschuss, sondern als sonstige Betriebs- und Geschäftsausgabe geführt.

Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bilden die freiwilligen Zuwendungen an Sportvereine, kulturelle Vereinigungen, Vereine und Organisationen, die auf sozialen und gesundheitlichen Gebieten arbeiten, sowie Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten. Diese Ausgaben sind in der sog. „Zuschussliste“ (Anlage 4 zum Haushaltsplan) einzeln aufgelistet.

Gemäß der Regelung aus dem Jahr 2007 erfolgt im Jahr 2012 eine **pauschale Indexierung der Zuschüsse um 3,5 %** für die Zuschussbereiche, in denen der städtische Zuschuss i.W. laufende Personal- und Betriebskosten abdeckt und eine Budgetvereinbarung mit Finanz- und Leistungszielen vorliegt.

Dadurch wird ein Ausgleich für die seit dem Jahr 2008 (Termin der letztmaligen Indexierung) erfolgten Tarif- und Betriebskostensteigerungen geschaffen.



Die Entwicklung der Zuschussliste ist durch die Entwicklung der Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen geprägt. Diese haben sich (ohne kommunalisierten Landeszuschuss) wie folgt entwickelt:

| | Haushaltsplan | | Ergebnis | |
|---|---------------|--------------|--------------|--------------|
| | 2012 T€ | 2011 T€ | 2010 T€ | 2009 T€ |
| - Betriebskostenzuschuss an freie Träger | 9.438 | 8.065 | 6.400 | 6.658 |
| - Zuschuss für Betriebskindertageseinrichtungen | 1.652 | 1.300 | 1.243 | 783 |
| - Zuschuss an Tagesmütterverein | 100 | 100 | 100 | 84 |
| - Erhöhter Bedarf Aufsichtspflicht | 50 | 150 | 1 | 0 |
| - Übernahme Essensgeld | 40 | 40 | 0 | 0 |
| - Ausbau Kinderbetreuung | 0 | 0 | 581 | 580 |
| Summe | 11.280 | 9.655 | 8.325 | 8.105 |

Der **Landeszuschuss für Kinderbetreuung** ist ein durchlaufender Posten, dem eine entsprechende Einnahme aus Landeszuweisungen gegenübersteht.

Seit 2007 sind im **Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung** 150 T€ für Qualitätsverbesserungen enthalten. Zusätzlich wurde der Zuschuss zur Verbesserung der Straßenreinigung seit 2008 um jährlich 150 T€ erhöht. In 2012 erfolgt eine Netto-Erhöhung um 48 T€. In 2009 bis 2011 sind Mehraufwendungen für den Winterdienst angefallen.

Der **Betreiberzuschuss für Donauerlebnisbad, Eislaufanlage und Donaureisbad** ist ab 2011 entsprechend der Vereinbarung mit der neuen Betreibergesellschaft veranschlagt.

Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe

Die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe schlägt sich neben den Transferaufwendungen auch in anderen Ertrags- und Aufwendungsgruppen nieder. Insgesamt entwickelt sich die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe wie folgt:

| | | Haushaltsplan.... 2012 | Haushaltsplan.... 2011 | Ergebnis 2010 | 2012 zu 2011 | 2011 zu 2010 |
|--------------|--------------------------------------|---------------------------|---------------------------|------------------|-----------------|--------------------|
| | | T€ | T€ | T€ | v.H. | v.H. |
| 3110-620 | Soziale Hilfen | 27.620 | 28.860 | 28.040 | -4,3 | 2,9 |
| 3120-630 | Grundsicherung für Arbeitsuchende | 8.200 | 7.982 | 9.202 | 2,7 | 13,3 |
| 3630-640 | Hilfen zur Erziehung | 7.635 | 7.635 | 6.768 | 0 | 12,8 |
| | Sonstige Hilfearten | 1.523 | 1.293 | 806 | 17,8 | 60,4 |
| Summe | | 44.978 | 45.770 | 44.816 | -1,7 | 2,1 |

In 2012 ergibt sich erstmalig ein Rückgang des Zuschussbedarfs gegenüber dem Vorjahr. Damit wird der Zuschussbedarf fast auf das Ergebnis von 2010 zurückgeführt. Trotz dieser positiven Entwicklung bestehen im Bereich der Vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe erhebliche Risiken. Bezogen auf das Jahr 2000 beträgt der Anstieg weiterhin rd. 13,7 Mio. € bzw. 44%.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Im Bereich **Soziale Hilfen** (Alten- und Behindertenhilfe, inkl. Grundsicherung), Produktgruppe 3110-620, ergibt sich insbesondere aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Eingliederungshilfe sowie der Entgelterhöhung der freien Träger eine erhebliche Belastung des Haushalts. Das Jahresergebnis 2010 lag erneut um rd. 1 Mio € über dem Ergebnis 2009 und obwohl im Haushalt 2011 bereits ein deutliche Erhöhung eingeplant war, musste der Zuschussbedarf im Nachtrag nochmals um 0,5 Mio auf nunmehr 28,4 Mio € angepasst werden.

Für das Jahr 2012 wird dagegen eine Verbesserung eingeplant: Die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht sich in 2012 von 16% auf 45% der Nettoaufwendungen des Vorjahres. Hierdurch werden im Haushalt 2012 Mehrerträge von rd. 1,2 Mio. € erwartet, so dass sich der Zuschussbedarfs um rd. 0,85 Mio € verringert.

Um die Herausforderungen meistern zu können wird derzeit das Projekt "Sozialraumorientierung in der Alten- und Behindertenhilfe" durchgeführt. Leitgedanken sind dabei Sozialraumorientierung, Ambulantisierung, Personenzentrierter Ansatz, Normalisierung, uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Versorgungsverantwortung für Ulmer.

Nach der erfolgreichen Erprobung eines Kontrakts zur Verankerung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe wurde dieser ausgeweitet und zunächst für die Jahre 2010 bis 2013 verlängert. Zudem wurde für die Jahre 2011 bis 2013 ein Kontrakt zur Etablierung eines zielgruppenübergreifenden Ressourcenmanagements im Fachbereich BuS geschlossen.

Im Bereich der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (SGB II), Produktgruppe 3120-630, erfolgt mit dem Übergang in die gemeinsame Einrichtung zum 01.01.2012 eine Neuorganisation. Diese hat jedoch keine (direkten) Auswirkungen auf den Bereich der Transferleistungen.

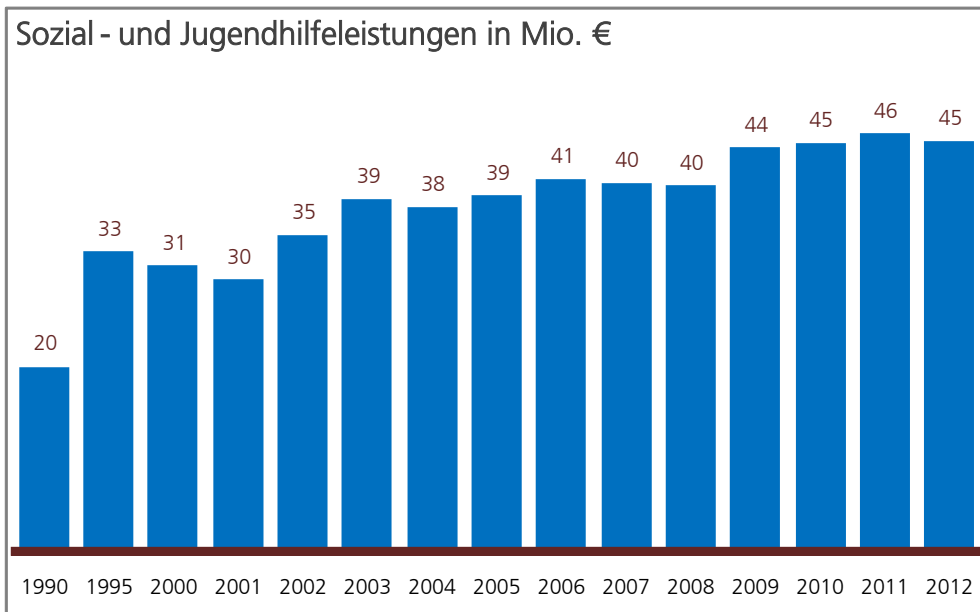
Der Zuschussbedarf lag im Jahr 2010 um rd. 0,6 Mio. € über dem Ergebnis 2009. Die für 2011 ursprünglich prognostizierte weitere Erhöhung wird nicht eintreten; im Nachtrag wurde der Ansatz deshalb um fast 1,5 Mio. € reduziert. Für 2012 wird allerdings eine erneute, inflationsbedingte, geringere Erhöhung des Zuschussbedarfs um 0,2 Mio. € erwartet.

Im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** (HzE, wirtschaftl. Jugendhilfe), Produktgruppe 3630-640 wurde im Jahr 2007 die gemeinsame Budgetverantwortung mit den Freien Trägern auf alle Sozialräume ausgeweitet und ein verbindliches Regelwerk geschaffen (vgl. FBA 06.12.06 bzw. 04.07.07). Da sich dieses Regelwerk grundsätzlich bewährt hat, wurde es weiterentwickelt und für die Jahre 2010 bis 2012 verlängert. Aufgrund der Entgelterhöhung der freien Träger sowie erwarteter Fallzahlensteigerungen wurde der Ausgabeansatz zwischenzeitlich angepasst. Er liegt für 2011 bei 8,3 Mio. € und wurde für 2012 belassen.

Fazit:

Im Jahr 2011 wird der Nettobedarf der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe insbesondere aufgrund der geringeren Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) sowie der erhöhten Bundesbeteiligung im Bereich der Grundsicherung sowohl für Arbeitsuchende als auch für Erwerbsgeminderte voraussichtlich um rd. 1,2 Mio. € unter dem Planansatz liegen, Im Nachtrag 2011 ist eine entsprechende Anpassung erfolgt. Damit liegt der Planansatz 2011 jedoch weiterhin um rd. 1,0 Mio € über dem Ergebnis 2010.

Für das Jahr 2012 wird eine weitere Entlastung in Höhe von 0,8 Mio. € prognostiziert. Diese ergibt sich insbesondere durch die Erhöhung des Bundeszuschusses an den Leistungen für Grundsicherung sowie i.R. des Bildungs- und Teilhabepakets
Gegebenenfalls muss während des Planvollzugs 2012 nachgesteuert werden.

Allgemeine Umlagen

Die in den Transferaufwendungen enthaltenen Allgemeinen Umlagen setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | | Ergebnis 2010 T€ | 2012 zu 2011 v.H. | 2011 zu 2010 v.H. |
|--------------------------|---------------|---------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| | 2012 T€ | 2011 T€ | | | |
| Gewerbsteuerumlage | 15.600 | 18.700 | 23.106 | -16,6 | -19,1 |
| Finanzausgleichsumlage | 42.600 | 44.600 | 76.287 | -4,5 | -41,5 |
| Umlage KVJS (früher LWV) | 500 | 400 | 448 | 25,0 | -10,7 |
| Status-Quo-Ausgleich LWV | 1.700 | 150 | 339 | - | -55,8 |
| Summe | 60.400 | 63.850 | 100.180 | -5,4 | -36,3 |

Die **Gewerbsteuerumlage** für 2012 beträgt voraussichtlich 69 v.H. der Bemessungsgrundlage (2011: 70 v.H., 2010: 71 v.H.). Die Änderung des Umlagesatzes in den vergangenen Jahren sollte die Wirkungen der Unternehmenssteuerreform ausgleichen. Die niedrigere Gewerbesteuerumlage 2012 resultiert im Wesentlichen aus einem reduzierten Gewerbesteueraufkommen. In den beiden Vorjahren wirkten sich jeweils einmalige Gewerbesteuerzahlungen aus.

Die Höhe der **Finanzausgleichsumlage** hängt wesentlich von den Gewerbesteuereinnahmen des zweitvorangegangenen Jahres ab. Bedingt durch die einmaligen Gewerbesteuerzahlungen in den Vorjahren bewegt sich die FAG-Umlage nach wie vor insgesamt auf einem erhöhten Niveau.

g) Sonstige ordentliche Aufwendungen (14.063T€)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen enthalten insbesondere die allgemeinen Geschäftsausgaben, die Beförderungskosten für behinderte Schüler, steuerliche Aufwendungen, den Anteil der Stadt an den Verwaltungskosten des Jobcenters (SGB II), Aufwendungen für EDV sowie die pauschalen Ansätze für die Deckungsreserve und Globalen Minderaufwand.

2.1.4 Fach-/Bereichshaushalte

Den einzelnen Budgethaushalten wird jeweils ein eigener Vorbericht vorangestellt. Hierin werden die Konsolidierungs- und Strukturmaßnahmen, die Entwicklung der Eckdaten (mit den wesentlichen Änderungen zum Vorjahr), sowie die Entwicklung der Personalaufwendungen und der Gebührenhaushalte dargestellt. In den Vorberichten der Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales sowie Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind außerdem die wesentlichen Ziele und Leistungen des jeweiligen Fachbereichs dargestellt. Desweiteren werden beim Bereich „Zentrale Dienste“ die Inneren Verrechnungen, beim Fachbereich „Bildung und Soziales“ die vorabdotierte Sozialhilfe und beim Fachbereich „Stadtentwicklung, Bau und Umwelt“ das Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm erläutert.

Auf die Fach-/Bereichsvorberichte wird an dieser Stelle verwiesen.

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts

Im Ergebnishaushalt sind nicht alle Erträge und Aufwendungen zahlungswirksam. Deshalb weicht der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts vom veranschlagten ordentlichen Ergebnis ab. Der Zahlungsmittelüberschuss 2012 leitet sich wie folgt her:

| | T€ | T€ |
|---|---------|---------------|
| Veranschlagtes ordentliches Ergebnis | 3.401 | |
| Abzüglich enthaltene nicht zahlungswirksame Positionen | | |
| - Erträge aus aktivierter Eigenleistung | 3.214 | |
| - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 27.000 | |
| - Aufwendungen für Abschreibungen (netto) | -24.907 | |
| nicht zahlungswirksames Ergebnis | | -5.307 |
| Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit | | -1.906 |

2.2.2 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

| | T€ |
|--|---------------|
| 4 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | 7.768 |
| 5 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit | 1.870 |
| 6 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen | 17.005 |
| 7 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen | 6.633 |
| 9 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 33.276 |

Die Einzahlungen aus **Investitionszuwendungen** setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

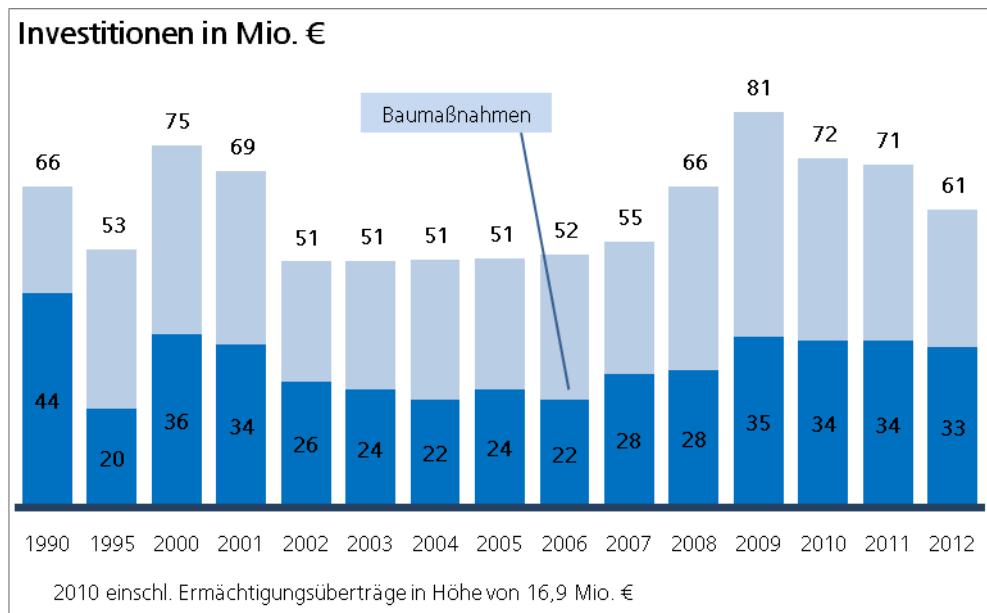
| Zweck | T€ |
|-----------------|--------------|
| Schulen | 3.065 |
| Stadtsanierung | 3.240 |
| Gemeindestraßen | 430 |
| Feuerwehr | 178 |
| Kinderbetreuung | 750 |
| Bürgerzentren | 100 |
| Sonstiges | 5 |
| Summe | 7.768 |

Die Einzahlungen aus der **Veräußerung von Sachvermögen** enthalten überwiegend die Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen mit 17 Mio. € (Grundstückstopf). In 2013 ist beim Grundstückstopf – ohne Berücksichtigung der Aktivierten Eigenleistungen – ein Überschuss von 3 Mio. € veranschlagt.

In den Einzahlungen aus der **Veräußerung von Finanzvermögen** ist in 2012 der Rückfluss von Kapitaleinlagen der Parkbetriebsgesellschaft mit 1 Mio. € veranschlagt. Daneben sind Darlehensrückflüsse mit 3,6 Mio. €, insbesondere von EBU, UWS und PBG, sowie der Rückfluss von Kassenverstärkungsmittel an SAN mit 2,0 Mio € enthalten.

2.2.3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

| Auszahlungsarten | T€ |
|--|----------------|
| 10 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | -14.000 |
| 11 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -33.010 |
| 12 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen | -3.807 |
| 13 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen | -5.164 |
| 14 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen | -5.497 |
| 16 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | -61.478 |



Beim **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** sind in 2012 ausschließlich Auszahlungen des „Städtischen Grundstückstopfs“ mit 14 Mio. € veranschlagt. Diesen stehen Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken mit 17 Mio. € gegenüber. Der „Städtische Grundstückstopf“ weist in 2012 damit einen Überschuss von 3 Mio. € aus.

Die **Baumaßnahmen** verteilen sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt:

| Hochbaumaßnahmen | Betrag in T€ |
|---|---------------|
| Bereich Oberbürgermeister | 295 |
| Bereich Bürgerdienste | 300 |
| Fachbereich Kultur – Sanierung Ulmer Theater | 3.550 |
| Fachbereich Bildung und Soziales | 12.245 |
| davon Schulen | 7.505 |
| Sport | 240 |
| Soziales | 4.500 |
| Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt | 2.130 |
| Summe Hochbaumaßnahmen | 18.520 |
| | |
| Tiefbaumaßnahmen | Betrag in T€ |
| Ortsdurchfahrt B 10 - Westringtunnel | 4.000 |
| Sanierung Behringerbrücke | 900 |
| Ausbau Stelzenäcker / K 9911 | 450 |
| Lärmschutzprogramm | 400 |
| Sonstige Maßnahmen für Straßen, Wege, Plätze | 1.667 |
| Erschließungsmaßnahmen | 1.950 |
| Sanierung Tiefgarage Kornhaus | 500 |
| Verlegung Kleine Blau und sonstige Maßnahmen bei Wasserläufen | 2.120 |
| Sonstiges | 95 |
| Summe Tiefbaumaßnahmen | 12.082 |

| Sonstige Anlagen | Betrag in T€ |
|---------------------------------------|--------------|
| Straßenbeleuchtung | 800 |
| Signalanlagen | 250 |
| Grünanlagen, Spielplätze | 600 |
| Ökologische Maßnahmen | 215 |
| ÖPNV, Modernisierung von Haltestellen | 200 |
| Kleinmaßnahmen Schulen | 125 |
| Sonstiges | 218 |
| Summe Sonstige Anlagen | 2.408 |

In den Auszahlungen für den **Erwerb beweglichen Vermögens** sind insbesondere der Schuletat (1.335 T€), EDV-Projekte einschl. Geodatenmanagement (1.663T€), sowie Erwerb von (Betriebs-)einrichtungen (720 T€) veranschlagt.

Die Auszahlungen für den **Erwerb von Finanzvermögen** beinhalten die Einlage für den Bau der Multifunktionshalle (1,3 Mio € sowie die Kapitaleinlage für den weiteren Ausbau der Straßenbahn (1,9 Mio. € T€).

Bei den **Investitionsförderungsmaßnahmen** sind insbesondere die Auszahlungen für Stadtсанierung mit 4,0 Mi. €, Sportförderung mit 700 T€, Förderung von Lärmschutzmaßnahmen (100 T€) und erneuerbaren Energieen (250 T€) sowie Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen (246 T€) veranschlagt.

2.2.4 Finanzierungstätigkeit

a) Entwicklung der Rücklagen

| | 31.12.2011 | Zugang | Abgang | 31.12.2012 |
|---|-------------------|--------------|------------------|-------------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Zweckgebundene Rücklagen | | | | |
| Kunst am Bau | 103 | - | - | 103 |
| Parkbauten | 932 | - | - | 932 |
| Wachstums- und Impulsprogramm | 4.000 | - | 2.000 | 2.000 |
| Verkehrsentwicklung | 41.463 | - | 1.900 | 39.563 |
| Ermächtigungsüberträge | 0 | - | - | 0 |
| Reduzierung Neuverschuldung | 0 | - | - | 0 |
| Summe zweckgebundene Rücklagen | 46.498 | - | 3.900 | 42.598 |
| Bisherige gesetzliche Mindestrücklage | 7.447 | - | - | 7.447 |
| Freie Rücklage | 2.190 | - | - | 2.190 |
| Gesamtsumme Rücklagen | 56.135 | 0 | 3.900 | 52.235 |

Die aus den Rücklagen vorhandene Liquidität kann zum Ausgleich des Finanzhaushalts herangezogen werden und reduziert damit den Kreditbedarf.

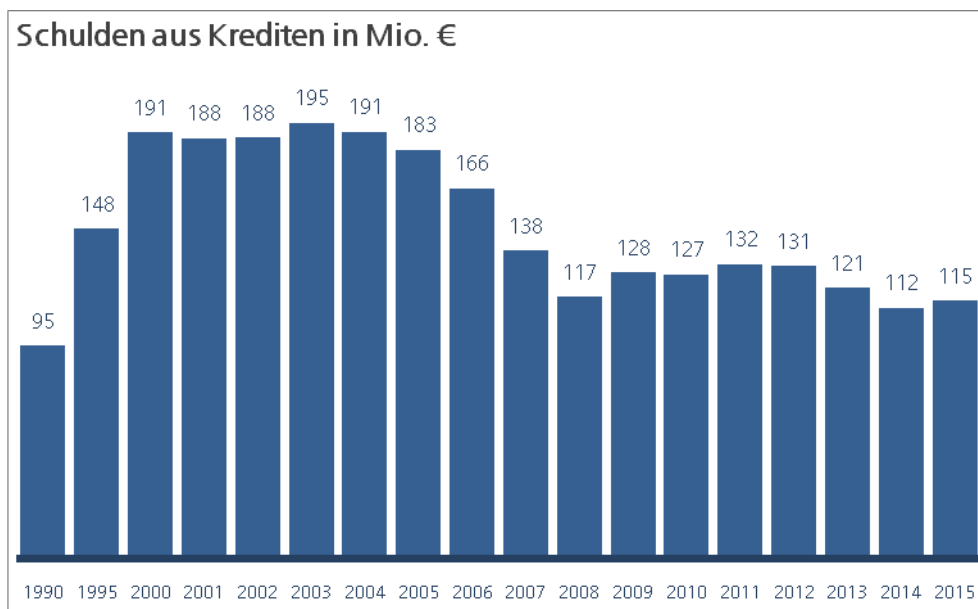
b) Entwicklung der Schulden aus Krediten

Die Schulden aus Krediten werden am 31. Dezember 2011 voraussichtlich 131,7 Mio. € betragen. Nach dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2011 – 2015 werden sie sich wie folgt entwickeln:

| Haushalts-jahr | Ein-wohner-zahl | Kredit-aufnahme | Tilgung | Zinsen | Schulden-dienst gesamt | Schuldenstand zum 31.12. | | Schulden-reduz./-zuwachs |
|----------------|-----------------|-----------------|---------|--------|------------------------|--------------------------|-------|--------------------------|
| | | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ | €/Ew | T€ |
| 2011 | 122.311 | 15.000 | 10.500 | 5.300 | 15.800 | 131.706 | 1.077 | 4.500 |
| 2012 | 122.400 | 10.208 | 11.000 | 5.000 | 16.000 | 130.914 | 1.070 | -792 |
| 2013 | 122.500 | 0 | 9.600 | 5.000 | 14.600 | 121.314 | 991 | -9.600 |
| 2014 | 122.600 | 0 | 9.100 | 4.800 | 13.900 | 112.214 | 916 | -9.100 |
| 2015 | 122.700 | 12.644 | 9.400 | 4.600 | 14.000 | 115.458 | 942 | 3.244 |

Die Schulden verringern sich im Planungszeitraum 2011 – 2015 um insgesamt 16,2 Mio. €. Die Haushaltsbelastung aus dem Schuldendienst liegt zum Ende des Finanzplanungszeitraums bei 14,07 Mio. € und damit rd. 1,8 Mio. € unter dem Wert 2011.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass einige Großinvestitionen im Finanzplanungszeitraum lediglich mit einer Planungsrate enthalten sind. Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches Risiko, dass sich die Verschuldung gegenüber den oben genannten Werten erhöht. Gleichzeitig werden aus den Grundstückskäufen Sedelhöfe und Kapitaleinlagen an die Stadtwerke Ulm im Finanzplanungszeitraum Rückflüsse erwartet.



Ulm, im November 2011

Stadt Ulm

Gez.
Gunter Czisch
Erster Bürgermeister